



DISCUSSION PAPER

DIGITALE SOUVERANITAT

- Ein Narrativ des Fortschritts

Svenja Falk Wolfgang Schroeder Durch Krieg, Klima und Corona deutet sich ein neues Paradigma der Globalisierung an. Dabei wird auch das Verhältnis von Abhängigkeit und Souveränität neu verhandelt. Diskussionen um den Abbau der Abhängigkeit von der technologischen Dominanz der USA und Asiens oder um digitale Souveränitätsansprüche der Gesellschaft intensivieren sich. In den öffentlichen und politischen Diskursen bleibt der Begriff der digitalen Souveränität aber oft unscharf. Zudem werden die Debatten dazu aus einer Position der Schwäche oder des Abgehängtseins heraus geführt. Dieses Diskussionspapier liefert systematische Denkanstöße zur Frage, wie die Idee der Souveränität dazu beitragen kann, die digitale Transformation von einem politischen Projekt der Einzelmaßnahmen zu einem Narrativ für Innovation und Fortschritt umzudeuten. Das Papier baut auf den schon bestehenden Ideen zu digitaler Souveränität auf und entwickelt ein Trias des Dürfen, Können und Wollens. Das zentrale Argument ist, die dominante kollektive Dimension des Begriffs um eine individuelle Dimension zu ergänzen. Eine so angelegte Strategie digitaler Souveränität zielt darauf ab, die Förderung von demokratischer Partizipation und Empowerment mit Wohlstand und Sicherheit zu verbinden. Mit diesem Beitrag gilt es, der Digitalisierung unserer Gesellschaften als ungewissem Zukunftsvorhaben entgegenzuwirken und sie als ein demokratisches Fortschrittsprojekt zu verstehen und zu gestalten.

I. Was ist digitale Souveränität?

Deutschland steht vor einem Jahrzehnt der Erneuerung. Auf allen Ebenen werden sich Verhaltensweisen und Strukturen verändern müssen, damit das Land für die großen Herausforderungen im Zuge der digitalen Transformation gewappnet ist. Dabei ist wichtig, Deutschland durch eine erfolgreiche Digitalisierung der Wirtschaft, der Verwaltung und weiter Teile der Gesellschaft durchgreifend zu modernisieren und auf einen wirtschaftlichen und ökologisch nachhaltigen Fortschrittspfad zu lenken.

Das vergangene Jahrzehnt hat gezeigt: Diese Notwendigkeit ist zwar allen Akteur:innen bewusst, aber es mangelt sowohl an einer klaren Zielvorgabe als auch an einer tatkräftigen und kompetenten Umsetzungsperspektive. Das liegt zu einem wesentlichen Teil daran, dass es für Deutschlands digitale Zukunft keinen belastbaren strategischen Rahmen gibt. Zwar sind eine ganze Reihe digitalpolitischer Ansätze im Umlauf, die klug und wegweisend sind, doch sie greifen nicht so ineinander, dass sie als zentrale Referenzpunkte für die weitere Debatte wirken.

Die digitalpolitische Debatte ist durch einen merkwürdigen Widerspruch gekennzeichnet.

Die digitalpolitische Debatte ist durch einen merkwürdigen Widerspruch gekennzeichnet. Einerseits wird in unserer Gesellschaft viel über den notwendigen technologischen Wandel und über essenzielle Fragen gesprochen, die für die Entwicklung einer handlungsfähigen Strategie besonders dringlich sind: Worin bestehen die Ursachen für diesen Wandel? Was soll mit neuen technologischen Arrangements für die betroffenen Menschen eigentlich erreicht werden? Wie lassen sich diese Arrangements umsetzen? Andererseits wird die Frage, wie man die Debatten über das Warum, das Was und das Wie miteinander verbinden kann, erstaunlich wenig thematisiert. Dabei ist die Frage nach dem Kontext, den gruppenspezifischen Betroffenheiten und den Zielen enorm wichtig, damit die notwendigen großen Anstrengungen entfaltet werden können. Das betrifft vor allem die digitale Souveränität.

Der Begriff der digitalen Souveränität ist seit den Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden im Jahr 2013 und dem nachfolgenden Überwachungsskandal im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik verankert. Die Hackerangriffe auf den Bundestag 2015, die digitale Einflussnahme Russlands auf die Bundestagswahlen 2017 und die potenzielle Abhängigkeit der deutschen 5G-Infrastruktur vom chinesischen Huawei-Konzern hat viele darin bestärkt, dass Deutschland und die EU im digitalen Raum souveräner auftreten sollten. Damit begann auch die Suche nach einem Narrativ, das die Souveränitätsdimension fokussiert in den Blick nimmt, ohne dass der Eindruck erweckt wird, nationale Alleingänge sollten fortan das neue Maß der Dinge sein.

Bisher wird der Begriff "digitale Souveränität" in den Debatten nicht einheitlich und vor allem nicht wirklich offensiv verwendet. Häufig wird der Diskurs aus einer Position der Schwäche oder des Abgehängtseins heraus geführt, was aus dem Gefühl der Vulnerabilität in Bezug auf den europäischen digitalen Raum herrühren dürfte. Vor diesem Hintergrund legte die EU-Kommission schon für den Zeitraum von 2014 bis 2019 die "Digital Single Market Strategy" auf. Wie die Regelungsinitiativen der Europäischen Kommission mit dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, kurz DSA) und dem Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, kurz DMA) oder das EuGH-Urteil "Schrems II" zeigen, gibt es ein Ringen um die Handlungsfähigkeit und Entscheidungsfreiheit von Staaten, Organisationen und Individuen im digitalen Raum. Wenn mit Blick auf DSA und DMA von "take back control" die Rede ist, hat dies nichts mit dem Brexit gemein, sondern ist ein Zeichen dafür, dass es in Bezug auf die deutsche und europäische Gestaltungsmacht digitaler Technologien und Räume anscheinend eine ausgeprägte Verunsicherung gibt^[1]. Der Ruf nach digitaler Souveränität ist der Versuch, dieser Verunsicherung und dem Gefühl der Vulnerabilität der eigenen Strukturen, Ressourcen und Rechte auf dem Terrain des Digitalen etwas entgegenzusetzen und der europäischen Digitalisierungspolitik eine klarere Richtung zu geben. Damit dieser Ruf nach digitaler Souveränität als politischer Leitgedanke verwendet werden kann, bedarf es allerdings einer klaren Eingrenzung des Begriffes.

Der Ruf nach digitaler Souveränität ist der Versuch, dieser Verunsicherung und dem Gefühl der Vulnerabilität der eigenen Strukturen, Ressourcen und Rechte auf dem Terrain des Digitalen etwas entgegenzusetzen und der europäischen Digitalisierungspolitik eine klarere Richtung zu geben.

Dieses Papier baut auf den schon bestehenden Ideen zu digitaler Souveränität auf und schlägt vor, die dominante kollektive Dimension des Begriffs um eine individuelle Dimension zu ergänzen. Damit soll digitale Souveränität als politischer Leitgedanke neu ausbuchstabiert werden, damit die Digitalisierung unserer Gesellschaften nicht

als ungewisses Zukunftsvorhaben, sondern als demokratisches Fortschrittsprojekt verstanden und gestaltet werden kann.

II. Die Bedeutung von Narrativen

Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Koalitionsvertrag einen Fahrplan vorgelegt, wie sie in den nächsten vier Jahren die digitale Transformation gestalten möchte. Darin beschreibt sie, was sie tun will und welche Einzelschritte sie unternehmen wird. Dazu gehören unter anderem die Verbesserung der digitalen Infrastruktur (flächendeckende Versorgung mit Glasfaser)[2], die konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sowie die Schaffung agiler und digitaler Behörden[3], ein sogenannter "Digitalcheck" bei Gesetzgebungsverfahren^[4], die Förderung digitaler Startups^[5], verstärkte Investitionen in digitale Schlüsseltechnologien^[6] und die Stärkung von Open-Source-Ansätzen sowie des Rechts auf Interoperabilität^[7]. Dahinter steht der Grundgedanke, das "Potenzial der Digitalisierung für die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen, für Wohlstand, Freiheit, soziale Teilhabe und Nachhaltigkeit" zu nutzen und "aus technologischem auch gesellschaftlichen Fortschritt" zu machen[8]. Damit nennt der Koalitionsvertrag nicht nur konkrete Maßnahmen, sondern geht ansatzweise auch auf das "Warum" der digitalen Transformation ein.

Um die nötigen Kräfte für das große Vorhaben der digitalen Transformation zu mobilisieren, Verpflichtungen plausibel zu machen und das Tempo zu erhöhen, braucht es jedoch ein gemeinsames Narrativ, das deutlich macht, was gewollt, erlaubt und machbar ist, und eine klare Antwort auf das "Warum" liefert. Auch wenn dies noch keine hinreichende Bedingung ist, um die angestrebten Veränderungen zu verankern, so lässt sich damit doch eine gesellschaftliche Handlungsbasis schaffen, die es ermöglicht, widerstrebende Kräfte zu überzeugen oder ihr Veto zumindest abzuschwächen.

Um in einem demokratischen System als richtig erkannte Anliegen voranzubringen, bedarf es aktiver gesellschaftlicher Unterstützung. Nur so können in einem demokratischen Staat ausreichende Akzeptanz und ein gemeinsamer Wille erzeugt werden, um neue Technologien an den richtigen Stellen einzusetzen und damit die Modernisierung der sozioökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft voranzubringen. Wer die digitale Modernisierung plausibel machen will, muss deren Nutzen durch geeignete Narrative veranschaulichen, die das Positive dieser Entwicklungen für alle überzeugend vermitteln, und dafür die normativen Grundlagen schaffen. Gefragt sind dabei Fortschritte, die den Nutzen sichtbar machen und sich zu Geschichten, Vorstellungen und Normen verdichten. Dazu gehört aber auch die Auseinandersetzung mit drohenden Risiken (wie beispielsweise Kontrolle/Überwachung). Denn Veränderung erfordert Motivation, Verständnis und eine gemeinsame Richtung; dies alles kann durch ein kluges Narrativ verbessert werden.

Um in einem demokratischen System als richtig erkannte Anliegen voranzubringen, bedarf es aktiver gesellschaftlicher Unterstützung. Nur so können in einem demokratischen Staat ausreichende Akzeptanz und ein gemeinsamer Wille erzeugt werden, um neue Technologien an den richtigen Stellen einzusetzen und damit die Modernisierung der sozio-ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft voranzubringen.

Die sozioökonomische und politische Bedeutung von Narrativen wird mittlerweile in zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert. Eine Gruppe von Verhaltensforscher:innen und Soziolog:innen aus den Niederlanden und Österreich hat ihre Bedeutung für soziale Innovationen und Wandel herausgearbeitet. Die "Narratives of Change" ermöglichen eine Perspektive auf eine alternative und bessere Zukunft. Ohne solche Narrative sind soziale Innovationen schwerer voran zu bringen. Sie bilden einen gemeinsamen Wertekatalog ab, schaffen eine zentrale Grundlage für die Politikgestaltung

und gehen in Gesetzgebung und Regulierung über. Auch in der Wissenschaft bilden Narrative die Grundlage für die Entstehung und Vermittlung von Wissen. Im Management dienen Narrative als Legitimationsgrundlage für Führungskräfte und ihre Entscheidungen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Robert J. Shiller hat sich mit der ökonomischen Macht von Narrativen auseinandergesetzt und mit Hilfe epidemiologischer Modelle auch ihre Verbreitung beschrieben. Wie mächtig ein Narrativ ist, hängt vor allem von seiner Überzeugungskraft ab. Viele Narrative werden den hier unterstellten Ansprüchen allerdings nicht gerecht, weil sie nicht so aufgebaut und durchdacht sind, dass sie das Warum, Was und Wie integrieren könnten. Solche Narrative entfalten vermutlich keine orientierende Kraft, sondern gelangen nicht über den Charakter von situativen Phrasen hinaus.

Narrativen kommt also bei der Gestaltung von Wirklichkeit eine wichtige Bedeutung zu. Für eine erfolgreiche digitale Transformation kommt es deshalb entscheidend darauf an, dass ihr Nutzen für die adressierten Menschen als Idee von einer besseren Lebensqualität wahrgenommen und in Form von Geschichten erzählt werden kann.

Narrativen kommt also bei der Gestaltung von Wirklichkeit eine wichtige Bedeutung zu. Für eine erfolgreiche digitale Transformation kommt es deshalb entscheidend darauf an, dass ihr Nutzen für die adressierten Menschen als Idee von einer besseren Lebensqualität wahrgenommen und in Form von Geschichten erzählt werden kann.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT ALS NARRATIV FÜR INNOVATION UND FORTSCHRITT

Wenn eine Gesellschaft ihre Gestaltungsmacht über die Narrative des Wandels verliert, büßt sie einen Teil ihrer Eigenständigkeit ein. Um den digitalen Wandel auf deutscher und europäischer Ebene erfolgreich zu meistern und

im Systemwettbewerb der Supermächte Eigenständigkeit zu bewahren, sind daher zwei Dinge unabdingbar: Erstens eine klare Vision und Idee, in welche Richtung und mit welchen Zielen die digitale Transformation gestaltet werden soll. Zweitens müssen im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Diskurs die auf diese Ziele ausgerichteten Narrative rund um den technologischen Wandel geschärft werden, damit Deutschland und Europa auf dem Gebiet der digitalen Transformation wieder eine Idee von eigenständiger Initiative und Praxis gewinnen kann.

Das alles kann das Narrativ aber nur dann leisten, wenn das Ziel "Digitale Souveränität" klarer umrissen und konkreter ausformuliert wird.

Dem Konzept der digitalen Souveränität kommt dabei eine wichtige Rolle für ein fortschrittliches Narrativ zu, das die Dringlichkeit eines innovativen, nachhaltigeren und schnelleren Vorgehens deutlich macht. Dieses Konzept ermöglicht es zum einen, die digitale Transformation in ihren verschiedenen Dimensionen zu erkennen, und schärft den analytischen Blick für die Vielseitigkeit der in diesem Kontext möglichen politischen Maßnahmen. Zum anderen lassen sich mit diesem Konzept die Handlungsfähigkeit und die Entscheidungsfreiheit der verschiedenen Akteur:innen (Individuen, Organisationen, Staaten) artikulieren, entwickeln und in Gestaltungsmacht verwandeln. Das alles kann das Narrativ aber nur dann leisten, wenn das Ziel "Digitale Souveränität" klarer umrissen und konkreter ausformuliert wird. Das vorliegende Diskussionspapier will zur Schärfung des Konzeptes der digitalen Souveränität beitragen. Wichtig sind dabei die Werte und Normen, die als Orientierungsrahmen für ein Narrativ des demokratischen, technologischen Fortschritts dienen.

LEITFRAGEN:

- · Was ist digitale Souveränität?
- Welche Rolle spielt dabei die digitale Souveränität des Individuums und des Kollektivs?
- Wie kann digitale Souveränität als politisches Narrativ verstanden und die digitale Transformation als demokratisches Fortschrittsprojekt definiert werden?

III. Digitale Souveränität in einer global vernetzten WeltDürfen, Können, Wollen

"Digitale Souveränität" ist ein strategisch-analytischer Schlüsselbegriff, der einen stärkeren Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Grundorientierung der deutschen und europäischen Politik entfalten kann. Dazu wäre es hilfreich, den Begriff von seiner defensiven Grundstruktur zu befreien. Dies bedeutet: "Digitale Souveränität" sollte als eine Voraussetzung dafür verstanden werden, dass Handlungsspielräume in digitalen Kontexten zum einen erkannt und zum anderen eigenständig und selbstbestimmt genutzt werden. Die Idee der digitalen Souveränität ist mithin eine wichtige Voraussetzung für strategische Handlungsfähigkeit. In diesem Sinne kann sie die Grundlagen dafür schaffen, um zentrale Zukunftsfragen im Spannungsfeld zwischen supranationalen und nationalen Kontexten neu austarieren zu können.

Dabei darf die Idee der Souveränität nicht staatspolitisch verengt werden. Es geht nämlich nicht allein um die Fähigkeit von Staaten, selbstbestimmt über ihr (digitales) Territorium im Sinne von Akteur:innen, Daten und Technologien verfügen zu können. Eine wesentliche Aufgabe auf

Eine wesentliche Aufgabe auf dem Weg zu mehr digitaler Souveränität besteht darin, individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessen, Bedarfe und Ziele stärker miteinander zu verzahnen. Ein zu entwickelndes gesellschaftliches Narrativ des Wandels sollte einerseits die kollektive Dimension und andererseits auch die individuelle Dimension abbilden.

dem Weg zu mehr digitaler Souveränität besteht darin, individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessen, Bedarfe und Ziele stärker miteinander zu verzahnen. Ein zu entwickelndes gesellschaftliches Narrativ des Wandels sollte einerseits die kollektive Dimension und andererseits auch die individuelle Dimension abbilden.

Auf der individuellen Ebene zielt der souveräne Umgang mit neuen Technologien darauf, die Rechte und Kompetenzen der Anwender:innen zu fördern. Ziel ist es, dass möglichst viele Menschen aufgeklärt und chancenorientiert an den digitalen Angeboten partizipieren können. Hierfür gilt es Kompetenzen zu vermitteln und zu erweitern, Rechte zu übertragen, Ängste abzubauen und durch Nutzung digitaler Instrumente und Prozesse die Hürden zur Beteiligung zu überwinden.

Auf der kollektiven Ebene geht es um die Frage, wie es angesichts der Dominanz US-amerikanischer und chinesischer Plattformunternehmen und Konzerne gelingen kann, die Abhängigkeit und Verwundbarkeit der eigenen Ressourcen zu reduzieren. Diese Abhängigkeit reicht von Technologiedimensionen, Produkt- und Geschäftsmodellen, Zugangs- und Schnittstellenmodalitäten bis hin zu den rechtlichen Implikationen der Datenmacht. Wie kann trotz vorhandener Abhängigkeiten von den digitalen Trendsettern und Hegemoniezentren die deutsche und europäische Handlungsfähigkeit selbstbestimmter und weniger verwundbar werden? Darüber muss nicht nur intensiver diskutiert, sondern es müssen auch sichtbare Ergebnisse generiert werden. Wieviel Eigenständigkeit ist zum Beispiel im Bereich der Schlüsseltechnologien noch möglich? Welches Maß an Abhängigkeit ist notwendig und sinnvoll, um an der technologischen Entwicklung zu partizipieren und gemeinsame Verantwortung zu tragen? In diesem Prozess der Präferenzbildung sind auch Fragen nach den kurz-, mittel- und langfristigen Schlüsseltechnologien zu beantworten. Für die erfolgreiche Entwicklung einer strategischen Präferenzordnung ist somit auch eine Zeitachse erforderlich.

Bei beiden Dimensionen richtet sich der Fokus auf eine selbstbestimmtere und damit unabhängigere Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im digitalen Kontext. Die Gratwanderung besteht darin, auf der einen Seite die Vorteile der Globalisierung und der wechselseitigen Verantwortung nicht zu gefährden und auf der

anderen Seite Vorsorge für eine selbstbestimmtere und weniger vulnerable Konstellation zu treffen. Ziel ist eine informierte, verantwortete, partielle Selbstständigkeit in einer vernetzen Welt, nicht jedoch der Weg in die Autarkie. Individuen, Gesellschaften und Staaten sind souverän, wenn sie im Konfliktfall selbstbestimmt Entscheidungen treffen. Dazu gehört auch, dass präventiv Handlungsspielräume identifiziert, genutzt und gestaltet oder geschaffen werden. [9]

Damit selbstbestimmtes Handeln möglich wird, bedarf es bestimmter Voraussetzungen. Eine grundsätzliche Vorbedingung ist, dass eine Auswahl von alternativen Wahlmöglichkeiten existiert. Wenn dies gegeben ist, lautet die nächste Anforderung, dass der oder die betreffende Akteur:in zum Handeln beziehungsweise Entscheiden befugt sein muss. Zumindest sollte es kein Verbot oder sonstiges rechtliches Hindernis geben. Entscheidungsfähigkeit setzt also materielle, insbesondere auch rechtliche Zugangsformen voraus. Diese erste Grundbedingung für Partizipation ist aber nicht hinreichend. Entscheidend ist, ob es hinreichende Kompetenzen gibt, um die digitalen Möglichkeiten zu nutzen oder sie selbst innovativ weiterzuentwickeln. Dazu gehören Wissen und vor allem Fähigkeiten, um sich in der digitalen Welt weiterzuentwickeln, sowie starke Motivationen, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Das von uns verfochtene Souveränitätskonzept orientiert sich an den Kategorien des Dürfens, Könnens und Wollens. Diese Kategorien lassen sich sowohl für die individuelle als auch für die kollektive Entwicklung nutzbar machen, denn sie ermöglichen eine demokratiepolitisch anspruchsvolle Annäherung an ein

Entscheidend ist, ob es hinreichende Kompetenzen gibt, um die digitalen Möglichkeiten zu nutzen oder sie selbst innovativ weiterzuentwickeln. Dazu gehören Wissen und vor allem Fähigkeiten, um sich in der digitalen Welt weiterzuentwickeln, sowie starker Motivationen, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen.

Konzept der Souveränität, weil die gesellschaftlichen Verabredungen über Lebenschancen die Basis für eine erweiterte und nachhaltige Digitalisierung sind.

Der Grundgedanke des hier verfolgten Konzeptes lautet, dass individuelle und kollektive Formen der Souveränität sich ergänzen und wechselseitig beeinflussen können. Dies bedeutet, dass weder die quasi-imperiale Vorstrukturierung durch die Plattformkonzerne noch eine hierarchische staatliche Steuerung der Ko- und Netzwerkproduktion angebracht ist. Eine netzwerkartige Koproduktionsperspektive verlangt andere Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten. Eine so angelegte Strategie digitaler Souveränität nutzt die Förderung von demokratischer Partizipation und Empowerment, um Wohlstand und Sicherheit miteinander zu verbinden.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT: DAS DÜRFEN

Die Dimension des Dürfens bezieht sich primär auf den rechtlichen Rahmen, der unsere Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten umgrenzt. Mit jeder neuen Zielorientierung stellt sich die Frage: Wie erhalte ich Zugang? Wie lassen sich anvisierte Standards und Patente rechtskräftig absichern? Welche Ressourcen sind dafür erforderlich, und wie können diese Ressourcen rechtskräftig abgesichert werden? Inwieweit hemmt oder fördert der rechtliche Rahmen individuelle und kollektive Entwicklungsmöglichkeiten und Innovationsprozesse? Und: Darf ich das?

Aus individueller wie auch aus kollektiver Perspektive spielt der rechtliche Rahmen eine entscheidende Rolle für die Strukturierung digitaler Geschäftsmodelle, Arbeitsprozesse und Partizipationsformen, wenn es darum geht, souveränes Handeln in einem arbeitsteiligen und kompetitiven Kontext zu möglich zu machen. In einer Rede vor dem Europäischen Rat betonte EU-Ratspräsident Charles Michel, wie wichtig der rechtliche Rahmen ist, um individuelle Souveränität im Digitalen zu ermöglichen. [10] Zum einen ist die zielgenaue Ausgestaltung dieses rechtlichen Rahmens wichtig, um die individuelle Sphäre der Selbstbestimmung festzulegen. Zum anderen müssen schwächere Interessen gegen machtvollere Interessen gestärkt werden. Das sollte zum Beispiel durch die 2018 eingeführte Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erreicht werden, die darauf zielt. Individuen Selbstbestimmtheit Zum einen ist die zielgenaue Ausgestaltung dieses rechtlichen Rahmens wichtig, um die individuelle Sphäre der Selbstbestimmung festzulegen. Zum anderen müssen schwächere Interessen gegen machtvollere Interessen gestärkten werden.

im digitalen Raum zu sichern (in diesem Fall bezogen auf ihre persönlichen Daten) und auf diese Weise ihre Grundrechte wie etwa das Recht auf Freiheit oder Privatsphäre zu schützen. Die DSGVO war ein erster Meilenstein auf diesem Gebiet. Die anhaltenden Diskussionen um persönlichen Datenschutz und die ethische Ausgestaltung von automatisierten Entscheidungssystemen zeigen jedoch, dass viele weitergehende rechtliche Lösungen, die eine robuste individuelle Souveränität gewährleisten, noch ausstehen.

Ähnlich mangelt es auch in Bezug auf die kollektive Dimension an allgemein anerkannten, international gültigen und wirksam praktizierten Rechtsnormen für den digitalen Raum. So sind beispielsweise Organisationen, die in verschiedenen Ländern operieren, regelmäßig mit unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Datenschutzvorschriften oder Regelungen zur Verwendung von Gesichtserkennung konfrontiert. Können wir einen harmonisierten Rechtsrahmen schaffen, der einerseits über die Nationalstaaten hinausreicht und andererseits deren Gestaltungsansprüche nicht grundlegend negiert? Denn es ist auch die Aufgabe der Nationalstaaten, die Grundrechte ihrer Bürger:innen adäquat zu schützen, was

Können wir einen harmonisierten Rechtsrahmen schaffen, der einerseits über die Nationalstaaten hinausreicht und andererseits deren Gestaltungsansprüche nicht grundlegend negiert? ihnen im digitalen Raum nicht hinreichend gelingt. Das liegt zum einen daran, dass sie einseitig von bestimmten Technologieakteur:innen abhängig und auf deren Expertise oder digitale Infrastrukturen angewiesen sind. Zum anderen liegt es daran, dass sie in einer globalisierten digitalen Welt keinen angepassten, internationalisierten Rechtsrahmen für den digitalen Raum haben, um die digitalen Interessen ihrer Bürger:innen über die eigenen Grenzen hinaus zu vertreten (wie etwa das Urteil des EuGH im Fall "Schrems II" zum Privacy-Shield-Abkommen mit den USA gezeigt hat).^[12] Das GAIA-X Programm der EU ist ein Projekt mit dem ambitionierten Ziel, genau diese Hürden zu überwinden und im europäischen Raum einen einheitlichen Rahmen mit allgemeinen Standards für Daten-Clouds zu schaffen.^[13]

Aus den genannten Gründen sollte es das Ziel sein, den rechtlichen Rahmen auch im supranationalen Kontext der Digitalpolitik weiterzuentwickeln, bestehende Lücken zu schließen und Unklarheiten zu beseitigen. Denn nur ein klares rechtliches Fundament kann verhindern, dass im digitalen Raum allein nach dem "Recht des Stärkeren" entschieden wird. Gleichzeitig sollte der dynamischen Struktur der Technologieentwicklung Rechnung getragen werden, damit Innovator:innen nicht von vornherein in ihren Aktivitäten eingeschränkt oder gar abgeschreckt werden. Hier könnten Policy-Modelle wegweisend sein, die eine Balance zwischen rechtlicher Sicherheit und Experimentiermöglichkeiten schaffen.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT: DAS KÖNNEN

Die Dimension des Könnens bezieht sich primär auf die Entscheidungs- und Handlungskompetenzen und die dafür nötigen Voraussetzungen (wie zum Beispiel materielle Infrastrukturen). Welches Wissen, welche Fähigkeiten und Voraussetzungen braucht ein Individuum, um sich souverän im digitalen Raum zu bewegen? Welches Wissen, welche Fähigkeiten und Voraussetzungen braucht es auf kollektiver Ebene, um im globalen Kontext souverän zu agieren?

Souveränität lässt sich so definieren, dass Handlungsspielräume erkannt, eigenständig und selbstbestimmt genutzt und gestaltet werden. Das setzt nicht nur einen etablierten rechtlichen Rahmen voraus, sondern auch soziale, technische und ökonomische Ressourcen, Fähigkeiten und Bedingungen, damit die reklamierten Bedarfe und anvisierten Ziele verfolgt und umgesetzt werden können. [14] Um die individuelle Souveränität zu fördern, müssen mit gezielten staatlichen und gesellschaftspolitischen Interventionen die materiellen, kognitiven, sozialen und auch kulturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Dabei wird häufig zwischen Maßnahmen unterschieden, die

- sich auf den digitalen Zugang (access) fokussieren wie zum Beispiel die Bereitstellung von Breitbandinternet;
- sich auf die Möglichkeit fokussieren, die nötigen Fähigkeiten auszubilden, um sich im Digitalen adäquat bewegen zu können (use/ skills), wie zum Beispiel bildungspolitische Maßnahmen für die "Digital Literacy";
- gesellschaftliche Auswirkungen des Nutzerverhaltens einordnen und negative Verhaltensweisen sanktionieren (outcome) wie zum Beispiel der Versuch, Hatespeech im Netz zu minimieren.

Um die individuelle Souveränität zu fördern, müssen mit gezielten staatlichen und gesellschaftspolitischen Interventionen die materiellen, kognitiven, sozialen und auch kulturellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Auf staatlicher und unternehmerischer Ebene geht es bei der Dimension des Könnens meist weniger um mangelndes Wissen (anders verhält sich dies bei vielen KMU). Vielmehr besteht ein strukturelles Defizit an digitaler Infrastruktur. Dabei geht es nicht nur um technologische Potenziale, sondern auch um Arbeits- und Organisationskulturen. Eine an Souveränität interessierte Politik muss daher immer wieder zwischen Souveränität und einem anvisierten Wohlstandsniveau abwägen. Denn unzureichende öffentliche und private Investitionen in digitale Infrastruktur haben ein Ungleichgewicht zu Ungunsten Deutschlands und der EU entstehen lassen. Dieses Ungleichgewicht lässt sich nicht kurzfristig beseitigen. Um daraus entstehende Abhängigkeiten abzubauen, sind

jedoch umfangreiche Investitionen in eine eigene digitale Infrastruktur und Schlüsseltechnologien notwendig. Dabei sollte sorgsam abgewogen werden, in welchen Bereichen noch genuin eigene technische Kapazitäten aufgebaut werden können und in welchen Industrien oder Technologien es eher darum geht, über Kooperationen auf Augenhöhe und wechselseitige Abhängigkeiten Souveränität herzustellen. Das Gleiche gilt für Zugangsmöglichkeiten zu Rohstoffen und Wissen, über die entweder frei verfügt werden kann oder die durch wechselseitige Abhängigkeiten zu sichern sind.

So ist es beispielsweise wichtig, beim Aufbau von digitaler Infrastruktur in Organisationen nicht einseitig nur auf das Angebot großer Digitalkonzerne zu setzen, sondern die eigene Verhandlungsposition auch durch veritable Open-Source-Möglichkeiten zu stärken. Open-Source-Modelle können allerdings nicht immer alle Bedürfnisse bedienen. Daher sind bei der Vergabe von Aufträgen für die digitale Infrastruktur immer alle Optionen darauf zu prüfen, welche Lösung die eigene digitale Souveränität am besten unterstützt und ihre strategischen Leitprinzipien erfüllt. Der Fokus auf weniger Lock-in-Effekte bei digitaler Infrastruktur steht weder einer effektiven internationalen Kooperation entgegen, noch wird damit eine nationale Autarkiestrategie propagiert. Vielmehr ist es das Ziel, ein kooperatives Verhalten auf Augenhöhe zu fördern und damit eine nachhaltige digitale Souveränität zu entwickeln.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT: DAS WOLLEN

Die Dimension des Wollens zielt auf die notwendige Motivation, derer es bedarf, um die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken. Um jemanden zum Handeln zu motivieren, müssen sich Ziele, Vorteile und Nutzeffekte des Handelns erschließen. Solange diese Dimensionen nicht nachvollziehbar sind, besteht die Gefahr, dass das eigene Handeln schneller von außen beeinflusst und leichter durch konkurrierende Deutungen geleitet wird.

Auf individueller Ebene bedeutet dies: Es sollte klar erkennbar sein, welchen Nutzen digitale Prozesse für die eigene Lebensrealität stiften können und wie man mit den Risiken und Gefahren umgehen kann. Neben dem Nutzen der schon heute intensiv in Anspruch genommenen sozialen Netzwerke oder privaten Messenger-Dienste

Auf individueller Ebene bedeutet dies: Es sollte klar erkennbar sein, welchen Nutzen digitale Prozesse für die eigene Lebensrealität stiften können und wie man mit den Risiken und Gefahren umgehen kann.

gilt es auch den Nutzen jener Digitalisierungsprozesse zu kommunizieren, die von den Individuen selten oder gar nicht genutzt werden, die aber für Gesellschaft und Wirtschaft wichtig sind. Deshalb sollte eine öffentliche Diskussion über den Vorteil von digitalen Technologien und Prozessen sich nicht allein auf den gesteigerten Komfort durch Online-Einkäufe oder abstrakte wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile durch ein florierendes Tech-Start-up-Ökosystem verengen. Es geht auch darum, den Vorteil dieser Technologien in anderen Bereichen wie etwa in der Verwaltungsarbeit oder bei der Bekämpfung der Klimakrise zu begründen und darzustellen. Warum soll diese oder jene Entwicklung gut für mich sein? Es braucht gesellschaftliche Zukunftsvisionen, die plausibel machen können, dass durch Digitalisierung individuelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen besser bewältigt werden können und damit auch die eigene Lebensweise gestützt wird. Auf diese Weise ließe sich auch das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam konkrete Vorgehensweisen entwerfen, die auf eine menschenzentrierte digitale Zukunft abzielen und damit ein Ziel geben, das von Bürger:innen gewollt werden - also für sie erstrebenswert sein - kann.

Auf kollektiver Ebene besteht eine ähnliche Herausforderung. Damit Unternehmen oder auch Verwaltungen digitale Technologien und Prozesse anwenden, müssen sie klar erkennen, welche Vorteile ihnen dies bringt. Andernfalls wird Digitalisierung als Zumutung und Gefahr für das eigene Geschäftsmodell wahrgenommen – mit der Folge, dass der Status quo die Richtschnur bleibt. Um ein positives Verständnis aufzubauen, bedarf es eines Narrativs, das die Grundlage für auch empirisch

Damit Unternehmen oder auch Verwaltungen digitale Technologien und Prozesse anwenden, müssen sie klar erkennen, welche Vorteile ihnen dies bringt. Andernfalls wird Digitalisierung als Zumutung und Gefahr für das eigene Geschäftsmodell wahrgenommen – mit der Folge, dass der Status quo die Richtschnur bleibt.

nachvollziehbare Nutzeffekte bildet. Bei den so intendierten Richtungsanzeigen sollte es auch darum gehen, wie spezielle Werte und bestimmte Ziele vermittelt werden. Eine mögliche Frage wäre, wie neue datenbasierte Forschungs- und Geschäftsmodelle aussehen könnten, bei denen der Schutz der Privatsphäre gewährleistet bleibt. Ohne eine Profilbildung in solch grundlegenden Fragen kann gegenüber anderen staatlichen oder wirtschaftlichen Akteur:innen keine eindeutige Position bezogen werden; dies lässt sich unter anderem im Prozess um das Projekt Gaia-X beobachten. [16] Die EU hat auf dieser Ebene in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht, indem sie zum Beispiel in ihrem Whitepaper zur KI einen werteund menschenzentrierten Ansatz für die KI-Entwicklung in Europa definierte.[17] Genau solche Richtungsanzeigen braucht es als Orientierungsrahmen für die eigenen politischen Bedürfnisse und Zielsetzungen für eine digitale Transformation, um in internationalen Kooperationen effektiv Stellung beziehen und auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten zu können.

Ein klar definiertes Wollen ist auch die Voraussetzung dafür, dass wir uns bei der Entwicklung von Zukunftsvisionen nicht nur von externen Anforderungen und Zumutungen leiten lassen. Je besser wir unsere eigenen Interessen erkennen und formulieren können, umso besser können wir auch von anderen lernen – etwa von der Innovationsfreudigkeit im Silicon Valley oder auch in Südkorea und Taiwan. Ein klar definiertes Wollen befähigt uns außerdem, die Dinge abzulehnen, die nicht zu

unseren Grundwerten und Zielen passen. Im Interesse einer nachhaltigen Strategie digitaler Souveränität ist es deshalb wichtig, die individuelle und kollektive Ebene aufeinander zu beziehen. Denn die Suche nach der heutigen Zeit gerecht werdenden Antworten auf die Fragen nach dem Dürfen, Können und Wollen im digitalen Zeitalter ist in starkem Maße Gegenstand gesellschaftlicher Verabredungen in demokratischen Foren. Eine auf mehr Souveränität abzielende Digitalpolitik sucht neben den wirtschaftlichen Vorteilen auch die demokratischen europäischen Werte, die in der EU-Grundrechtecharta verankert sind, und die individuelle digitale Souveränität der EU-Bürger:innen zu schützen.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT ALS LEITBILD FÜR BOURGEOIS UND CITOYEN

Das hier vorgestellte Konzept der digitalen Souveränität bietet eine normative und handlungsorientierte Perspektive und soll ermöglichen, sich im Kontext der digitalen Transformation zu orientieren und klarer zu positionieren. Unsere Arbeitshypothese lautet dabei: Die Basis für die Handlungsfähigkeit von Demokratien im 21. Jahrhundert ist die Schaffung eines Narrativs für eine gemeinsame digitale Zukunft, das die individuelle und kollektive Dimension digitaler Souveränität berücksichtigt. Auf dieser Grundlage ist eine strategische Positionierung möglich, wenn es darum geht, die digitale Transformation zu einem gesellschaftlichen Projekt für Fortschritt und Innovation zu machen.

Bei Betrachtung der kollektiven Dimension zeigt sich, dass für eine selbstbestimmte Handlungsfähigkeit auch rechtliche, technische und ideelle Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Die individuelle Dimension hingegen unterstreicht, dass die Transformation demokratischen Charakter haben muss. Denn bei einem umfassenden Wandlungsprozess der Gesellschaft ist zwangsläufig auch die individuelle Souveränität (Datensicherheit, Schutz der Privatsphäre) der Bürger:innen betroffen und sollte daher in ihrer Entfaltung geschützt und unterstützt werden. Andernfalls entsteht die Gefahr, dass die Transformation an demokratischer Akzeptanz verliert und eher als Zumutung und weniger als positive Perspektive wahrgenommen wird.

Bei Betrachtung der kollektiven Dimension zeigt sich, dass für eine selbstbestimmte Handlungsfähigkeit auch rechtliche, technische und ideelle Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Die individuelle Dimension hingegen unterstreicht, dass die Transformation demokratischen Charakter haben muss.

Auf diese Weise kann eine digitale Transformation, die beide Dimensionen berücksichtigt und demokratisch eingebettet ist, gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung gewinnen. Träger:innen einer solchen demokratischen Einbettung digitaler Souveränität sind nicht nur die digitalen Wirtschaftsbürger:innen (Bourgeois), sondern vor allem die digitalen Citoyens. Die digitale Bourgeoisie will souverän konsumieren, teilhaben und verdienen. Dies beschreibt den Teil der Transformation. den unsere Gesellschaften über die letzten Jahrzehnte erfolgreich vollzogen haben, indem immense digitale Märkte geschaffen wurden, digitale Wertschöpfung für unvorstellbares Wachstum sorgte und Volkswirtschaften sich noch enger global vernetzten. Die digitalen Citoyens, die politischen Demokratiebürger:innen, nutzen hingegen die digitalen Möglichkeiten, um sich als Individuen aktiv in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubringen, sich Gehör zu verschaffen und die eigenen Rechte zu verteidigen. Dieser Teil der Transformation hat in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig Aufmerksamkeit erhalten. Mit dem Konzept der digitalen Souveränität sollen diese beiden Teile der digitalen Transformation erkannt und berücksichtigt werden. Nur wenn Bourgeois und Citoyen in gleichem Maße in ihrer Entwicklung unterstützt werden, lassen sich die Potenziale der digitalen Transformationsprozesse umfassend ausschöpfen.

Das hier formulierte Verständnis von digitaler Souveränität ist als politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leitbild zu verstehen. Wie kann die digitale

Transformation so gestaltet werden, dass sowohl die sich vertiefende Interdependenz in der digitalen Welt als auch der Anspruch auf mehr individuelle und kollektive Souveränität Berücksichtigung finden? Eine menschenorientierte Digitalpolitik in Europa mit mündigen, digital souveränen Bürger:innen, Organisationen und Staaten stärkt einerseits unser demokratisches System und andererseits Europas Zusammenhalt. Mit diesem Anspruch ließe sich ein gesamtgesellschaftliches Narrativ des Wandels verankern, das nicht nur demokratischen Ansprüchen gerecht wird, sondern die digitale Transformation auch als gesamtgesellschaftliches Fortschrittsprojekt begreift.

Das hier formulierte Verständnis von digitaler Souveränität ist als politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leitbild zu verstehen. Wie kann die digitale Transformation so gestaltet werden, dass sowohl die sich vertiefende Interdependenz in der digitalen Welt als auch der Anspruch auf mehr individuelle und kollektive Souveränität Berücksichtigung finden?

IV. Eine Politik der Souveränität im Kontext der Globalisierung: Handlungsfelder und Empfehlungen

Das Konzept der digitalen Souveränität bietet eine normative und strategische Grundorientierung, um in gesellschaftlichen und globalen Deutungskonflikten die Position einer nachhaltigen und demokratischen Digitalpolitik plausibler auszurichten:

- Kollektive und individuelle Interessen sowie Ziele der Digitalpolitik müssen stärker zusammengedacht werden.
- 2. Die Dimensionen des Dürfens, Könnens und Wollens stehen dafür, dass wir es in Bezug auf die digitale Sphäre nicht mit einer stabilen Rechts-, Kompetenz- und Normenwelt zu tun haben. Vielmehr sind grundlegende Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Ressourcen der digitalen Transformation nicht hinreichend geklärt. Die Gefahr, dass Ungleichheiten, Abhängigkeiten und Exklusionsprozesse sich verstärken, ist ernst zu nehmen.
- 3. Die Gestaltung der digitalen Transformation im Sinne einer nachhaltigen und demokratischen Digitalpolitik setzt voraus, dass Politik, Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft gemeinsam und koordiniert Verantwortung übernehmen und die Initiative ergreifen müssen.
- **4.** Das Konzept der digitalen Souveränität setzt nicht auf Autarkie, sondern auf europäische und weltpolitisch multilaterale Formen der Kooperation.
- 5. In der sich anbahnenden Systemkonkurrenz sollten Kooperationen nicht nur wirtschaftlich begründet werden, sondern auch wertebasiert motiviert sein. Denn Digitalpolitik wird maßgeblich die Substanz und die konkrete Zukunft des liberalen Demokratiemodells beeinflussen.
- 6. Damit internationale Kooperationen erfolgreich sind, müssen die eigenen Interessen klar artikuliert werden. Auch wenn dies im Rahmen der EU zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten nicht immer der Fall ist, braucht es diese Klarheit, um das Modell der wirtschaftlichen Offenheit weiter erfolgreich praktizieren zu können.
- 7. Nach dem Prinzip der "privilegierten Unsicherheit" sollten zukünftige Kooperationen die vorhandenen Machtverhältnisse als Ausgangspunkt nehmen. Denn in Anbetracht der Trends der technischen Dezentralisierung und politischer Autarkiebestrebungen einzelner Akteur:innen gibt es keinen Königsweg für Kooperationen und keine idealen Partner:innen für Europa im Bereich der Technologiepolitik.
- **8.** Die digitale Souveränität in dem in diesem Papier definierten Sinne zu stärken, sollte das erklärte politische Ziel europäischer Regierungen sein.

- Dabei sind autarkieorientierte Vorgehensweisen nicht praktikabel. Auch einem technologischen Wettrüsten sollte widerstanden werden.
- 9. Initiativen zur Stärkung der digitalen Souveränität müssen von der normativen in eine konkrete Perspektive transformiert werden. In der DSGVO, im DSA und im DMA (Dürfen) sowie in "Gaia-X" oder "Catena-X" (Können) finden sich solche Transformationen wieder. Mit solchen Initiativen wird die europäische Zukunft vorbereitet.
- 10. Das Konzept der digitalen Souveränität richtet den Blick auf die konkreten Rahmenbedingungen, die es zu gestalten gilt, um technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt als Einheit zu begreifen und voranzubringen.

- [1] https://www.sueddeutsche.de/politik/ eu-digitale-welt-internetkonzerne-1.5439708
- [2] "Mehr Fortschritt Wagen", Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021, S. 13.
- [3] Ebd., 12.
- [4] Ebd., 8.
- [5] Ebd., 15.
- [6] Ebd., 15.
- [7] Ebd., 13.
- [8] Ebd., 12.
- [9] https://plato.stanford.edu/entries/sovereignty/
- [10] Charles Michel 2021
- [11] EU Grundrechtscharta
- [12] Vgl. Datenschutzbehörde Niedersachsen 2021;
- Vgl. <u>Heise.de</u>
- [13] Für mehr Informationen, siehe: https://www.data-infrastructure.eu/GAIAX/Navigation/EN/Home/home.html
- [14] Dieser Ansatz basiert auf dem Befähigungsansatz von Amartya Sen.
- [15] Atlas Universität Witten/Herdecke
- [16] Mangels einer klaren politischen Profilbildung und aufgrund widerstreitender Interessen in Bezug auf Zielsetzungen unter den Partner:innen steht das Projekt vor Umsetzungsproblemen. Siehe dazu "Inside Gaia-X" (politico.eu).
- [17] EU Kommission 2019

Über die Autor:innen



Wolfgang Schroeder

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Progressiven Zentrums. Er hat den Lehrstuhl "Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel" an der Universität Kassel inne. Wolfgang Schroeder ist außerdem Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung "Demokratie und Demokratisierung", und gehört der Grundwertekommission der SPD an. Von 2009 bis 2014 arbeitete er als Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Brandenburg.



Svenja Falk

Prof. Dr. Svenja Falk ist Managing Director bei Accenture. Sie leitet Accenture Research Europa sowie die Arbeitsgruppe "Digitale Geschäftsmodelle in der Industrie 4.0", ist Fellow an der Hertie School in Berlin und Honorarprofessorin an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Zudem ist sie im Vorstand der Accenture Stiftung.

Ein besonderer Dank gilt:

Daniela Blaschke, Boris von Chlebowski, Thomas Kralinski, Corinna Krezer, Lutz Mache, Max Neufeind, Quincey Stumptner.

Das Papier ist Ergebnis eines intensiven Austauschs und breiter angelegten Arbeitsprozesses zwischen dem Progressiven Zentrum und Accenture.



Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Berliner Think-Tank. Ziel ist es, gemäß dem Dreiklang "Vordenken

– Vernetzen – Streiten" evidenzbasierte Politikideen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und öffentlich zu debattieren. Wir möchten mit unserer Arbeit dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteur:innen unterschiedlicher Herkunft für den ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu stiften.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten vom Progressiven Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN: 978-3-96759-023-4

© Das Progressive Zentrum e.V., Mai, 2022.

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert c/o Das Progressive Zentrum e.V. | Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Michael Miebach, Judith Siller, Thomas Kralinski, Katarina Niewiedzial Geschäftsführer: Dominic Schwickert Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats: Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

www.progressives-zentrum.org mail@progressives-zentrum.org

Lektorat: Andreas Bredenfeld

Layout & Grafikdesign: Selin Estroti Titelfoto: ©Nikolas Arnold on Unsplash.com